

Kernwegenetz Fehmarn: SPD startet neuen Anlauf

Gutachterin Deike Timmermann präsentierte die Studie „Wege mit Aussichten“. Ihr Plädoyer: Es gelingt nur gemeinsam „mit den Bürgern“, Straßen umzuwidmen oder sogar ganz zu sperren.

Von Gerd-J. Schwennsen

Fehmarn – Die dicke Luft ist erstmal heraus. Oder etwa doch nicht? Fehmarns Verwaltung scheiterte – nach deutlichen Protesten aus einigen Dörfern – Ende März mit ihrem Vorstoß zum „Kernwegenetz“ in der Stadtvertretung kläglich.

Doch die Probleme auf den maroden Inselwegen bleiben. Jetzt ist die Politik am Zuge. Denn die Zeit drängt. Viele Straßen drohen sprichwörtlich „unter den Rädern“ wegzubrechen. Zwei harte Winter reichten. Dringend „Handlungsbedarf“ sieht daher die SPD-Ortsvorsitzende Marianne Unger. Und Sozialdemokrat Gunnar Mehnert, Vorsitzender des Bau- und Umweltausschusses, beschwört: „Wir können Fehmarns Straßen nicht einfach kaputtgehen lassen. Es sind Werte, die uns allen gehören.“

Auf einem Info-Abend in der Mensa der Burger Inselschule läutete die SPD Dienstagabend eine erneute kommunalpolitische Debatte ein. Mit zwei wichtigen Akzenten: Sie könne nur „mit dem Bürger“ stattfinden – und natürlich ohne Zeitdruck. Fraktionssprecher Joachim Nottebaum warnte vor einer „Enteignung des Bürgers zu Gunsten der Landwirtschaft“.

Zur Erinnerung: Gescheitert ist der Entwurf für ein „Kernwegenetz“ durch den Bauhof-Leiter Timo Jädke, weil alles viel zu schnell gehen sollte. Er drückte aufs Tempo, um der Stadt Fördermittel zu sichern. Doch dies machten weder



Debatte: Hans-P. Thomsen, Gunnar Mehnert, Deike Timmermann.

☉☉ „Wenn man Wege sperren will, die noch genutzt werden, muss man dafür Akzeptanz finden – und das ist mühsam.“

Dr. Deike Timmermann

die Bürger noch die Stadtvertreter mit. Schließlich sollten von 306 Kilometern Straßen, die die Stadt inselweit zu unterhalten hat, 54 Kilometer herausgenommen – und sogar für den Verkehr gesperrt werden.

Das wurde im März fraktionsübergreifend abgelehnt. Denn betroffen wären auch Fahrradfahrer gewesen. Unger: „Dabei wird doch

gerade versucht, über eine private Initiative neue Fahrradwegenetze auszubauen. Und da wollen wir andere wieder schließen?“ Gelobt wurde Jädke dennoch: Er habe eine überfällige Debatte angestoßen.

Unter dem Titel „Wege mit Aussichten“ hat Dr. Deike Timmermann (Büro für Landesentwicklung Kiel) gemeinsam mit drei weiteren Gutachtern und finanziell unterstützt vom Land eine Studie zur „Zukunftsfähigkeit des ländlichen Wegenetzes in Schleswig-Holstein“ erarbeitet. Mit alarmierenden Zahlen: Nur die Erhaltung ihres jetzigen Zustandes würde im Jahr fast 400 Millionen Euro verschlingen. Viele dieser Straßen sind zwischen 30 bis 50 Jahre alt und wurden einst für ganz andere Verkehrsbelastungen gebaut.

Bei einem „Kernwegenetz“ könnten sich diese Kosten auf rund 130 Millionen Euro reduzieren. Denn dann würden unterschiedliche Straßennutzungen auch unterschiedliche Standards voraussetzen. Eine mögliche Verteilung in Zahlen: 40 Prozent Kernwege, deren Lebensdauer durch die „Vollnutzung“ drastisch sinkt, sodann 50 Prozent für unterschiedliche Nutzungen (zum Beispiel im Tourismus) und nur zehn Prozent, zumeist Stichwege, die man – so Gutachter Hermann Levsen – tatsächlich ganz aufgeben könnte. Timmermann warnte: „Wenn man Wege sperren will, die noch genutzt werden, muss man dafür Akzeptanz finden – und das ist mühsam.“